

TOP	Verhandlungsniederschrift und Beschluss	Abstimmungsergebnis		
		dafür	da- gegen	Enthal- - tungen
1	<p>Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde dem am 02.03. 2013 verstorbenen Ratsmitglied Erwin Moser gedacht.</p> <p>Folgenden Ratsmitgliedern wurde zum Geburtstag gratuliert:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Frau Retzler-Schupp - Frau Petra Spang - Herrn Jörg Wichter - Herrn Joachim Fey <p>Vor dem Eintritt in die Tagesordnung wurde durch den Vorsitzenden noch folgendes festgestellt: In der letzten Zeit wurde ihm vorgeworfen zu spät oder nicht ausreichend informiert zu haben. Auch würde die Beratungszeit nicht ausreichend sein. Hierzu merkte er an:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Informationen zu Ratssitzungen ergehen so früh als möglich • Wenn es zu einem Tagesordnungspunkt keine Wortmeldungen mehr gäbe, würde mit der Beschlussfassung oder dem nächsten TOP fortgefahren • Sollte ein Ratsmitglied dennoch nicht beschließen können, so gibt die GemO die Möglichkeit auf Antrag den TOP in die nächste Sitzung zu vertagen. <p>Einwohnerfragestunde</p> <p>Keine Einwohner anwesend</p>			

TOP	Verhandlungsniederschrift und Beschluss	Abstimmungsergebnis		
		dafür	da- gegen	Enthal- - tungen
2	<p>Ehrungen, Günter Püttmann</p> <p>Herr Püttmann sollte, wie auch schon Frau Retzler-Schupp, während einer Feier durch den BM der VG Herrstein, Herrn Uwe Weber, für 20 Jahre Tätigkeit als Ratsmitglied durch den Gemeinde- und Städtebund geehrt werden. Leider war er verhindert.</p> <p>Diese Ehrung wird deswegen heute nachgeholt.</p> <p>Ortsbürgermeister Hippeli verlas die Urkunde des Gemeinde- und Städtebundes und gratulierte Herrn Püttmann zu dieser Ehrung.</p>			

TOP	Verhandlungsniederschrift und Beschluss	Abstimmungsergebnis		
		dafür	da- gegen	Enthal- - tungen
3	<p>Annahme von Spenden gem. § 94 Abs. 3 a GemO:</p> <p>a.: Die Raiffeisenbank Fischbach hat der Ortsgemeinde eine Spende von 1.000,- € zukommen lassen. Der Vorsitzende stellte fest, dass keinerlei Verträge und keinerlei Verpflichtungen zu Gunsten der Raiffeisenbank damit verbunden sind.</p> <p>Beschluss:</p> <p>Die Gemeindevertretung nimmt die Spende an. Sie stellt fest, dass keinerlei Verpflichtungen mit der Annahme der Spende verbunden sind. Die VG Herrstein wird gebeten, die Spende der Kreisverwaltung anzuzeigen.</p> <p>Frau Retzler-Schupp erklärte sich gem. § 22 GemO für betroffen.</p> <p>b.: Die Kreissparkasse hat der Ortsgemeinde eine Spende von 5.000,- € zukommen lassen. Der Vorsitzende stellte fest, dass keinerlei Verträge und keinerlei Verpflichtungen zu Gunsten der Raiffeisenbank damit verbunden sind.</p> <p>Beschluss:</p> <p>Die Gemeindevertretung nimmt die Spende an. Sie stellt fest, dass keinerlei Verpflichtungen mit der Annahme der Spende verbunden sind.</p>			

TOP	Verhandlungsniederschrift und Beschluss	Abstimmungsergebnis		
		dafür	da- gegen	Enthal- - tungen
<p>Noch TOP 3</p>	<p>Die VG Herrstein wird gebeten, die Spende der Kreisverwaltung anzuzeigen.</p> <p>c. Dieser Punkt wurde durch die 1. Beigeordnete, Frau Retzler-Schupp, behandelt. Ortsbürgermeister Hippeli erklärte sich gem. § 22 GemO für betroffen.</p> <p>Anlässlich seiner Geburtstagsfeier und seiner Pensionierung hat ein Ratsmitglied darum gebeten, statt Geschenken für den Umbau des Bergwerkes zu spenden. Er möchte den Betrag von 455,- € dem Bergwerk für diesen Zweck zur Verfügung stellen. Frau Retzler-Schupp stellte fest, dass keinerlei Verträge und keinerlei Verpflichtungen mit der Annahme der Spende zu Gunsten des Ratsmitgliedes damit verbunden sind.</p> <p>Beschluss:</p> <p>Die Gemeindevertretung nimmt die Spende an. Sie stellt fest, dass keinerlei Verpflichtungen mit der Annahme der Spende verbunden sind. Die VG Herrstein wird gebeten, die Spende der Kreisverwaltung anzuzeigen.</p>	12	--	--

TOP	Verhandlungsniederschrift und Beschluss	Abstimmungsergebnis		
		dafür	da- gegen	Enthal- - tungen
4	<p>Vereinbarung OG Fischbach mit Verschönerungsvereins zur Errichtung einer Grillhütte</p> <p>In der Sitzung vom 09.02.2012 hat der Rat den Grundsatzbeschluss gefasst, dass durch den Verschönerungsverein eine Grillhütte auf dem Parkplatz der Ortsgemeinde errichtet werden darf. Inzwischen wurde in Abstimmung mit den Beigeordneten und Herrn Spang die vorliegende Vereinbarung ausgearbeitet. Über diese Vereinbarung ist zu beraten und zu beschließen.</p> <p>Gem. § 22 GemO nahmen an der Beratung und der Beschlussfassung nicht teil: - Jörg Spang - Petra Spang</p>	9	--	2

TOP	Verhandlungsniederschrift und Beschluss	Abstimmungsergebnis		
		dafür	da- gegen	Enthal- - tungen
5	<p>Antrag Verschönerungsverein zur Bezuschussung des Baus</p> <p>Mit E-Mail vom 15.02.2013 hat Jörg Spang im Namen des Verschönerungsvereins einen Antrag auf Bezuschussung des Baus der Grillhütte gestellt. Darüber hat der Rat zu beraten und zu beschließen.</p> <p>Zurzeit wird in Zusammenarbeit mit der VG der Entwurf des Doppelhaushaltes 2013 / 2014 erstellt. Auch wenn immer wieder zu lesen ist, dass die Kommunen erhebliche Mehreinnahmen zu verzeichnen haben, trifft dies nicht auf die Gemeinden zu. Immer höhere Abgaben, Umlagen, Gebühren, Personalkosten und Beschaffungskosten zwingen wie in der Vergangenheit zum sparen. In ersten Überlegungen wurden durch den Ortsbürgermeister selbst kleinste Streichungen durchgeführt, um Gelder umzuschichten so dass Projekte bzw. Ausgaben getätigt werden können. Es wird in der nächsten Sitzung auch um Erhöhungen bei den Nutzungsentschädigungen und den Hebesetzen gehen. Im Haushalt 2013 sind 1.500,- € für Maßnahmen der Dorfverschönerung eingestellt. Damit werden z.B. auch Ausgaben getätigt, die der Verein dankenswerterweise für das Dorf erbringt. Eine weitere finanzielle Unterstützung ist aus Sicht des Vorsitzenden nicht möglich. Eine Unterstützung in nichtfinanzieller Hinsicht wäre zu diskutieren. Er erinnert nochmals an seine Auffassung zum Bau der Grillhütte die in der Sitzung vom 09.02.2012 geäußert wurde. An dieser Auffassung hat sich für ihn nichts geändert. Durch den sich zurzeit abzeichnenden Wegfall von Vereinsveranstaltungen stellt sich immer mehr die Frage der Notwendigkeit. Es scheint derzeit neben Fastnachtsonntag, der abgespeckten Kirmes und dem Martinsumzug keine Veranstaltung der Vereine zu geben, die die Ausgaben in dieser Höhe rechtfertigen. Der Bau der Hütte wird nach wie vor von ihm als nicht notwendig angesehen.</p>			

TOP	Verhandlungsniederschrift und Beschluss	Abstimmungsergebnis		
		dafür	da- gegen	Enthal- - tungen
Noch TOP 5	<p>Es stellt sich die Frage weiterhin, wer soll die Hütte nutzen? Eine kurzfristige Vergabe, z.B. um 1900 Uhr anrufen „wir wollen jetzt grillen“, schließt der Vorsitzende aus. Er ist nicht bereit, eine solche Vergabe zu tätigen.</p> <p>Aus diesen Überlegungen heraus stellt sich dem Vorsitzenden die Frage, ob der Beschluss vom 09.02.2012 noch aufrechterhalten werden soll? In diesen Zeiten der mehr als knappen Mittel müssen wir uns auf die Kernaufgaben der Ortsgemeinde konzentrieren. Eine Grillhütte zu errichten gehört nicht dazu.</p> <p>Dieser Punkt wurde in einer sehr regen Diskussion beraten. Bei einem Haushalt dieser Größe muss ein Zuschuss möglich sein, wurde von einem Ratsmitglied vorgebracht. Die vom Vorsitzenden vorgebrachten Argumente konnten von einigen Ratsmitgliedern nachvollzogen werden, einige sprachen sich dagegen aus.</p> <p>Herr Litzzenburger stellte den Antrag, dass die Gemeinde sich mit 2.000,- €, zu finanzieren durch die Spende KSK, an der Baumaßnahme beteiligen solle.</p> <p>Abstimmung Damit war der Antrag abgelehnt</p>	2	6	3
	<p>Da die grundsätzliche Frage einer Beteiligung noch nicht geklärt war, allerdings durch die hohe Anzahl von Enthaltungen noch Bedenkzeit notwendig schien, wurde durch den Vorsitzenden der Antrag auf Vertagung in die nächste Ratssitzung gestellt.</p>	10	--	1
	<p>Gem. § 22 GemO nahmen an der Beratung und der Beschlussfassung nicht teil:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Jörg Spang - Petra Spang 			

TOP	Verhandlungsniederschrift und Beschluss	Abstimmungsergebnis		
		dafür	da- gegen	Enthal- - tungen
6	<p>Solidarpakt „Erneuerbare Energien“; Beschlussfassung zum Vertragsentwurf</p> <p>Die Verbandsgemeinde Herrstein hat das Verfahren zur Fortschreibung des Flächennutzungsplanes für den Teilbereich „Windkraft“ eingeleitet. Dabei wird untersucht, ob und wieweit sich die im Regionalplan ausgewiesenen Vorrang- und Eignungsflächen realisieren lassen und inwieweit weitere geeignete Flächen zur Verfügung gestellt werden können. Gleichzeitig strebt die Verbandsgemeinde einen Solidarpakt „Erneuerbare Energien“ an, um zu einem ausgewogenen Interessenausgleich im Sinne der Solidarität der Ortsgemeinden untereinander beizutragen. Der Verbands-gemeinderat hat diesbezüglich am 28.02.2013 einem zwischen der Verbandsgemeinde und den Ortsgemeinden abzuschließenden Vertrag zugestimmt und ruft alle Ortsgemeinden dazu auf, diesem Vertrag ebenfalls beizutreten. Die Ortsgemeinden werden gebeten bis spätestens 15. Mai 2013 ihren Beitritt zu erklären, da die Vertragsunterzeichnung noch im Mai erfolgen soll. In einer lebhaften Diskussion wurde nochmals über den Wildwuchs bei der Windkraft gesprochen. Es wurde nochmals darauf hingewiesen, dass es gerade bei einem solchen sensiblen Thema zu einer zentralen, für ganz Rheinland-Pfalz geltenden Regelung hätte kommen müssen. Letztendlich war sich der Rat mit Mehrheit einig, dass wir als Ortsgemeinde von diesem Solidarpakt nur Nutzen haben.</p> <p><u>Beschluss:</u></p> <p>Der Gemeinderat stimmt dem als Anlage beigefügten zwischen der Verbandsgemeinde und den Ortsgemeinden abzuschließenden Vertrag „Erneuerbare Energien zum gemeinsamen Nutzen“ zu und erklärt somit den Beitritt zum Solidarpakt „Erneuerbare Energien“. Der Ortsbürgermeister wird bevollmächtigt, den Vertrag für die Ortsgemeinde zu unterzeichnen.</p> <p><u>Abstimmung:</u></p>	11	1	1

TOP	Verhandlungsniederschrift und Beschluss	Abstimmungsergebnis		
		dafür	da- gegen	Enthal- - tungen
7	<p>Stellungnahme zum kommunalen Eckpunktepapier zur Gründung eines Nationalparks „Hochwald-Idarwald“</p> <p>Nachdem sich im Frühjahr 2012 die überwiegende Zahl der Ortsgemeinden, Verbandsgemeinden und Landkreise im potenziellen Nationalparkgebiet für eine Interessensbekundung ausgesprochen hatten, trat das Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten mit der Region in die zweite Phase des Verfahrens ein. Es folgten zahlreiche Informationsveranstaltungen und eine umfangreiche Bürgerbeteiligung.</p> <p>Auch der Verein Naturpark Saar-Hunsrück hat auf Antrag der betroffenen Mitglieds Körperschaften bereits im Januar 2012 beschlossen, dass der Naturparkträgerverein sich an dem Prozess für einen Nationalpark im Suchgebiet „Hochwald-Idarwald“ beteiligt. Hierzu wurde ein Nationalpark-Arbeitsausschuss eingerichtet, der über eine mögliche Gebietskulisse, mögliche Regelungsinhalte einer Schutzgebietsverordnung, sowie über die weitere Vorgehensweise und potenzielle Entwicklungsstrategien der Nationalparkausweisung seither berät.</p> <p>Der Arbeitsausschuss hat drei Arbeitskreise gebildet, die mit Unterstützung des Taurus-Institutes der Universität Trier und BGHplan das beigefügte Eckpunktepapier erarbeitet haben. Neben kommunalen Vertretern waren in den Arbeitskreisen auch verschiedene Wirtschafts- und Sozialpartner sowie Bürgervereine aktiv beteiligt. Beratend hinzu kamen Vertreter der Ministerien und Landesämter beider Bundesländer.</p> <p>Das Eckpunktepapier dient als gemeinsame Position der zukünftigen Nationalparkregion in den betroffenen Ortsgemeinden, Verbandsgemeinden und Landkreisen in Rheinland-Pfalz und den Gemeinden und dem Landkreis im Saarland. Das Papier soll zunächst in den kommunalen Gremien beraten und ggf. ergänzt werden. Anschließend</p>			

<p>Noch TOP 7</p>	<p>soll es dem Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten vorgelegt werden und als weitere Verhandlungsgrundlage mit dem Land dienen.</p> <p>Den Ratsmitgliedern war das kommunale Eckpunktepapier bereits digital bzw. in Papier mit der Einladung zur Sitzung übersandt worden, so dass ausreichend Gelegenheit bestand sich intensiv mit dem umfangreichen Inhalt zu beschäftigen.</p> <p>Auch bei diesem Thema kam es zu einer lebhaften Diskussion. Bemängelt wurde insgesamt das lange Verfahren, die von der Landesregierung schleppende Informationspolitik, auch der sehr lange Entscheidungsprozess wurde bemängelt. In der Diskussion wurden auch Fragen zur Notwendigkeit des Nationalparks, anderer Zuschnitte oder des Brennholbedarfes besprochen und geklärt. Auch die, scheinbar nicht für alle Ratsmitglieder erkennbare Bürgerbeteiligung bei diesem Thema, wurde erläutert und besprochen. Insgesamt ist sich die Mehrheit des Rates aber einig, dass wir als Ortsgemeinde im Prinzip nur profitieren können von einem solchen Nationalpark.</p> <p>Auch wurde nochmals klargestellt, dass es sich hierbei nicht um die Abstimmung Pro oder Contra Nationalpark geht.</p> <p>Beschluss: Der Ortsgemeinderat nimmt das kommunale Eckpunktepapier zur Gründung eines Nationalparks „Hochwald-Idarwald“ in der vorliegenden Fassung vom 31.01.2013 zustimmend zur Kenntnis. Das vom Naturpark erarbeitete Eckpunktepapier wird als Grundlage für das weitere Verfahren zur Gründung eines Nationalparks im Suchraum Hochwald-Idarwald angesehen.</p> <p>Aus Sicht der Ortsgemeinde besteht kein Änderungs- und Ergänzungsbedarf</p>	<p>10</p>	<p>1</p>	<p>2</p>
---------------------------	---	-----------	----------	----------

TOP	Verhandlungsniederschrift und Beschluss	Abstimmungsergebnis		
		dafür	da- gegen	Enthal- - tungen
8	<p>Fotovoltaikanlagen auf Gemeindegächern</p> <p>In der Diskussion um Windkraft und auch Solidaripakt oder schwindende Einnahmen wurde auch die Möglichkeit betrachtet, andere Einnahmequellen für die Gemeinde zu erschließen.</p> <p>Betrachtet wurde auch die Möglichkeit Fotovoltaikanlagen zu installieren. In der letzten Sitzung wurde es schon angesprochen.</p> <p>Eine Begehung mit einer Elektrofirma brachte folgendes Ergebnis:</p> <p>Friedhof: Etwa 8 KW wären möglich, Kosten hierfür etwa 15.000,- € bei einem Ertrag von ca. 8.000 KW. Eigenverbrauch etwa 250 KW. Bei einer momentanen Einspeisevergütung von 16,28 ct ergibt es eine geschätzte Einnahme von ca. 1.250,- € ohne MwSt.</p> <p>Die Frage ist ob diese Investition getätigt werden soll. Finanzierung durch Umschichtungen im Haushalt.</p> <p>Die Möglichkeit am Bergwerk sollte gesondert betrachtet werden. Hier wären etwa 10 KW zu installieren. Kosten von etwa 19.000,- €. Bei etwa 10.000 KW Ertrag läge hier der Eigenverbrauch bei ca. 8 – 9.000 KW. Dementsprechend würde die Einspeisevergütung sehr gering sein, allerdings könnte der Strombezug um ca. 60 % gesenkt werden. Eine Kostenersparnis von ca. 2.000,- € pro Jahr bei den derzeitigen Strompreisen.</p> <p>Beschluss: Die Möglichkeit einer Anlage auf der Leichenhalle wurde abgelehnt. Die verschiedenen Varianten am Bergwerk sollen weiter geprüft werden.</p>	12	--	2

TOP	Verhandlungsniederschrift und Beschluss	Abstimmungsergebnis		
		dafür	da-gegen	Enthal-tungen
9	<p>Informationen und Verschiedenes</p> <ul style="list-style-type: none"> • Der Entwurf des Haushaltes 2013 / 2014 ist derzeit in der Bearbeitung • Wir wurden für 50 Jahre Mitgliedschaft im Tourismusverband ausgezeichnet • Das Bergwerk erhielt den Umweltpreis der OIE über 250,- €. Vorschläge für 2013 sind bis 30.06. zu melden. • Die Strompreise für die Straßenbeleuchtung steigen 2013 um 0,36 ct/KWh • Termine 22.09.2013 Bundestagswahl, 18.05.2014 Europawahl und vermutlich Kommunalwahl • Alle Genehmigungen und Zuschüsse für den Umbau des Bergwerkes sind da. Aus der Sitzung Bergwerksausschuss: Baubeginn Erbstollen sobald als möglich, Beginn Kassengebäude erst nach der Schmelze. Der Mittelaltermarkt an der Schmelze soll nicht mehr stattfinden, eine offene Arbeitsgruppe soll Möglichkeiten erarbeiten. • Winterdienst fielen bisher etwa 350 Std. an, davon etwa 280 Std. nach der regulären Arbeitszeit oder am Wochenende, an Streusalz wurden etwa 55 to. Salz gestreut, Kosten hierfür etwa 8.300,- €. • Durch das Ratsmitglied P. Spang wurde eine Anregung für die Homepage des Bergwerkes gegeben. Dieser Vorschlag wird umgesetzt. • Die Rechte an der Homepage liegen nun bei der Ortsgemeinde. Die Übergabe des Gerätes des FöV Historisches Kupferbergwerk ist noch nicht vollzogen. 			